Morgen-Ausgabe. Nr. 110 Sonnabend, 6. März 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 40,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Verland. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Fast eine Milliarde Reichsmark gefordert

Starker Ausbau der britischen Luftwaffe

Zehn Regimenter für eine Ballonsperre um London

London, 5. März.

Am Freitag wurde in London der Haushaltvoranschlag der britischen Luftwaffe für das Jahr 1937/38 veröffentlicht. Danach werden 82,5 Millionen Pfund Sterling (990 Millionen RM), d. h. 31,8 Millionen Pfund (rund 382 Millionen RM) mehr als im Vorjahr angefordert. Von der Gesamtsumme sollen 26 Millionen Pfund (312 Millionen RM) durch Anleihen hereingebracht werden, so daß im Haushalt an Ausgaben nur eine Summe von 56,5 Millionen Pfund (678 Mill. RM) angefordert wird. Die 26 Millionen Pfund werden auf Grund der Anleiheermächtigung angefordert.

In einer Denkschrift zu diesen Zahlen weist das Luftfahrtministerium darauf hin, daß die Zahl der in den Flugzeugfabriken beschäftigten Personen um 68 000 gestiegen sei. Die britische Flugwaffe werde am 1. April aus 100 Heimatgeschwadern bestehen. Weitere 20 Geschwader würden bei der Marineluftwaffe und 26 Geschwader in Uebersee dienen. Die Stärke der britischen Luftwaffe belaufe sich auf 4850 Offiziere und 51 000 Unteroffiziere und Mannschaften. Sechs neue Flugzeugmotorenfabriken würden in wenigen Monaten fertiggestellt sein. Für die Verteidigung der Städte soll eine Luftstreitkraft mit einer Frontstärke von 1750 Flugzeugen geschaffen werden. Außerdem würden zehn Regimenter für die Aufstellung einer Ballonsperre für London in Aussicht genommen.

Die Zahl der überseeischen Geschwader sei im vergangenen Jahre auf 20 erhöht, die Luftwaffe der Flotte von 217 auf 278 Flugzeuge gebracht worden. Die Mannschaftsstärke solle 1937/38 auf 70 000 Mann gebracht werden. Die Zahl der Hilfsgeschwader (d. h. Reservegeschwader) werde auf 20 erhöht werden. Im übrigen weist der Bericht darauf hin, daß 1937 Versuche zur regelmäßigen Ueberquerung des Atlantik durchgeführt würden.

Nach der Veröffentlichung des Haushaltvoranschlages für die Luftwaffe läßt sich nunmehr auch übersehen, wie hoch sich die Gesamtausgaben für die britische Wehrmacht im nächsten Finanzjahr stellen werden. Danach werden für die Armee 68,18 (i. V. 49,28), für die Flotte 78 (69,9), für die Luftwaffe 56,5 (39) Millionen Pfund Sterling angefordert, d. h. im Haushalt werden insgesamt 197,8 Millionen Pfund Sterling (2,4 Milliarden Reichsmark), also 89,5 Millionen Pfund Sterling mehr als im Vorjahr angesetzt. Hierzu kommen noch an geplanten Ausgaben, die durch Anleihen gedeckt werden sollen, 80 Millionen Pfund Sterling (für die Flotte 27, für das Kriegsministerium 19,1, für Munitionsfabriken 7,9, für die Luftwaffe 26 Millionen Pfund Sterling). Die Gesamtausgaben für 1937/38 für die Rüstungen belaufen sich nach diesen Ziffern auf 277,8 Millionen Pfund Sterling (8,4 Milliarden Reichsmark).

Frankreich legt eine große Rüstungsanleihe auf

Die Beschlüsse des französischen Ministerrats zur Finanzlage

Paris, 5. März.

Ministerpräsident Blum machte nach Abschluß des Ministerrates vor Pressevertretern folgende Mitteilung:

Der Ministerrat hat die Finanzlage geprüft und auf Vorschlag des Finanzministers Vincent Auriol einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

Keine Devisenkontrolle

Der am 25. September mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit England abgeschlossene Dreiervertrag bleibt die Grundlage der Währungspolitik Frankreichs. Die Einführung einer Devisenkontrolle ist daher ausgeschlossen. Die Regierung ersucht die Bank von Frankreich, eine allgemeine Genehmigung zur freien Einfuhr von Gold und zum freien Handel von Gold im Innern zu geben. Ab 8. März wird die Bank von Frankreich Gold zum Tageskurs ankaufen, ohne vom Verkäufer die Angaben seiner Personalien zu verlangen. Ein Ausschuß wird den Währungsausgleichsfonds verwalten mit dem Bestreben, die Sicherheit des Handels und die Stabilität der Preise zu gewährleisten. Die Zuständigkeit dieses Ausschusses wird sich auf die Beaufsichtigung des Rentenmarktes erstrecken.

Keine neuen Kredite!

Die übereinstimmenden Anzeichen der wirtschaftlichen Belebung geben Anlaß zu der Hoffnung, daß der geringe Fehlbetrag, der in dem Finanzgesetz (Haushalt) enthalten ist, nicht überschritten werden und sich sogar im Verlaufe des Haushaltjahres sehr wesentlich verringern wird. Die Regierung ist entschlossen, die Rückkehr zu dem wirklichen Gleichgewicht nicht durch unvorhergesehene Ausgaben zu verhindern. Die allerstrengsten Anweisungen sind an alle Abteilungen ergangen, um zusätzliche Kredite zu untersagen. Die Regierung verzagt es sich mit dem einzigen Vorbehalt einer notwendigen Aufbesserung der kleinen Gehälter, andere neue Kreditanträge in der Kammer zu stellen.

Schuldendienst soll verringert werden

Die Besserung der wirtschaftlichen Lage und die steigende Beseitigung der Arbeitslosigkeit in gewissen Industrien gestatten die Aenderung des Rhythmus einer gewissen Anzahl von Investierungsausgaben zu Lasten des Staates oder der öffentlichen Verbände. Unter diesen Umständen hat die Regierung festgestellt, daß die Zahlungsverpflichtungen des Schatzamtes im Laufe des Jahres 1937 um 6 Milliarden verringert werden könnten. Unter Berücksichtigung dieser Verminderung und derjenigen, die die Regierung beschlossen hat, im Laufe des Jahres an dem Unterschuß der Eisenbahn vorzunehmen, sowie der 8 Milliarden, die bereits seit dem 1. Januar bezahlt worden sind, sind die Bedürfnisse des Schatzamtes auf eine Summe gebracht, die nicht größer sein soll, als sie auf normalem Wege durch Schatzanleihen beschafft werden kann.

„Jeder Franzose tue seine Pflicht"

Diese Bedürfnisse entsprechen ungefähr zur Hälfte den außerordentlichen Rüstungskrediten, die die Regierung durch eine große Landesverteidigungsanleihe zu decken beschlossen hat. Für die Auflegung dieser Anleihe wird sich die Regierung an alle nationalen Kräfte wenden. Die Anleihe der Landesverteidigung ist die einzige, die das Schatzamt im Laufe des Jahres auflegen soll.

Alle diese Maßnahmen stellen ein zusammenhängendes Ganzes dar. Die Lösungen der Probleme der Währung, des Schatzamtes und des Haushaltgleichgewichtes sowie der Preise beeinflussen sich gegenseitig.

Zwischensemester an den Technischen Hochschulen und Bergakademien

Berlin, 5. März.

Reichserziehungsminister Rust hat in einem Erlaß vom 3. März 1937 die Frage der Vorpraxis für die Zulassung zum Ingenieurstudium an den Technischen Hochschulen und Bergakademien dahin entschieden, daß unter Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen die Vorpraxis auf die Dauer von 6 Monaten reichseinheitlich festgesetzt wird. Dies hat zur Folge, daß der Studienbeginn auf das Frühjahr verlegt werden muß, was bereits mit Erlaß vom 17. Dezember 1936 erfolgt ist. Hieraus würde sich die Notwendigkeit ergeben, mehrere Jahre hindurch Vorlesungen und Uebungen doppelt abzuhalten. Deshalb hat Reichserziehungsminister Rust angeordnet, daß der Studienbeginn ausnahmsweise auf ein Zwischensemester fällt. Bis dahin haben die Studenten die Vorpraxis zu erledigen. Das Zwischensemester beginnt am 2. August 1937 und schließt am 16. Oktober 1937. Mit Rücksicht hierauf schließt das Sommersemester bereits am 21. Juni anstatt am 30. Juni, und beginnt das Wintersemester 1937/38 am 11. November anstatt am 1. November. Das Zwischensemester wird als erstes, drittes, fünftes und siebentes Semester durchgeführt. Dadurch wird insgesamt drei Jahrgängen die Möglichkeit gegeben, ein halbes Jahr früher als bisher ihr Studium abzuschließen. Durch das Zwischensemester, das an sich eine einmalige Uebergangsmaßnahme darstellt, wird infolge der Konzentration der Ausbildung eine Verkürzung der Ausbildungszeit erreicht, die sowohl dem Bedarf der Wirtschaft als auch bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten entgegenkommt.

Die Grenze am Rhein

Als vor gerade Jahresfrist deutsche Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung in die Rheinlande einmarschierten, um nach einem halben Menschenalter endlich auch in diesem Gau die volle Souveränität des Reiches wiederherzustellen, da zeterte die Welt nicht nur: Deutschland hat den Versailler Vertrag gebrochen, sondern da schrien ganz besonders die Westmächte: Deutschland hat den Pakt von Locarno über den Haufen geworfen. Zwar hatte der Führer seit dem Abschluß der Abmachungen, die Frankreich mit Sowjetrußland getroffen hatte — ja, noch vor ihrer endgültigen Unterzeichnung —, vor aller Welt unabläßig darauf hingewiesen, daß diese im offenen Widerspruch nicht allein mit dem Buchstaben, sondern vor allem auch mit dem Geist des Locarnopaktes stehen. Zwar hatte er in der am gleichen Tage der Wiederbesetzung der Rheinlande abgehaltenen Reichstagssitzung umfassende Vorschläge für den Abschluß eines neuen Westpaktes gemacht, die eine entmilitarisierte Zone beiderseits des Rheins, einen Nichtangriffspakt von 25jähriger Dauer zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien unter Einschluß Hollands mit England wie Italien als Garanten, und schließlich einen Luftpakt zwischen den Westmächten vorsahen. Zynisch bezeichnete man trotzdem Deutschland als den Friedensstörer und berief zum Zeichen seiner eigenen friedlichen Gesinnung — Generalstabsbesprechungen ein, die über die durch die deutsche „Drohung" entstandene Lage beraten sollten. Man einigte sich schließlich dahin, die Abmachungen von Locarno vorläufig für die Restmächte als auch weiterhin bindend zu erklären, darüber hinaus aber den Abschluß eines neuen Westpaktes anzustreben. Den großzügigen Vorschlägen des Führers wurde ernsthaft nicht nähergetreten. Anstatt dessen tauchten verschiedene andere Pläne auf, verschwanden wieder, wurden von dieser oder jener Seite neu belebt — mit dem Ergebnis, daß bisher keine feste Vereinbarung getroffen werden konnte. Wie stehen die Aussichten für das Zustandekommen eines neuen Westpaktes nun heute, und welche Erwartungen und Forderungen stellen die beteiligten Mächte an ihn?

Betrachtet man zunächst Belgien, um dessentwillen der Locarnopakt seinerzeit ja vor allem geschlossen wurde, so muß man feststellen, daß die völlig neue außenpolitische Richtung, die dieser Staat seit der ebenso denkwürdigen wie entschiedenen Neutralitätserklärung des Königs Leopold eingeschlagen hat, selbstverständlich auch nicht ohne Rückwirkung auf diesen Fragenkreis geblieben ist. Belgien will nicht länger in die Wirrnisse der französischen und englischen Paktpolitik verstrickt bleiben. Seit dem Abschluß des französisch-sowjetrussischen Bündnisses fühlt es sich an seine militärische Beistandspflicht Frankreich gegenüber nicht mehr gebunden, um nicht eines Tages auf Geheiß Moskaus in einen Krieg, den es gar nicht will, verwickelt zu werden. Aber Belgien wünscht umgekehrt doch, von seinen Nachbarn einen Garantievertrag zur Sicherung seiner eigenen Grenzen zu erhalten, ohne selbst Verpflichtungen zu übernehmen. Vor allem strebt Belgien gegenwärtig mehr denn je danach, die Zwischenlösung, die in dem Fortbestand der Locarnoabmachungen für die Restmächte liegt, nicht etwa zur endgültigen Tatsache werden zu lassen. Mit Frankreich freilich befindet sich Belgien hier in einem heftigen Meinungsstreit, wie deutlich aus einem Pressekrieg zwischen beiden Nachbarn hervorgeht, der seit einigen Wochen hüben wie drüben die Gemüter erhitzt und klarer wie die mühevoll und unter sanftem Druck ausgleichende offizielle Politik den Kern der Fragen erkennen läßt. Auf französischer Seite ist der Jude Grünbaum-Pertinax, der bekannte außenpolitische Mitarbeiter des „Echo de Paris", der Rufer im Streite. Wütend nennt er Belgien einen „Dissidenten der kollektiven Sicherheit", der — Pertinax schielt auf das belgische Kolonialreich — egoistisch wohl die Vorteile einer Großmacht genießen, aber nicht ihre Verpflichtungen und ihre Wagnisse übernehmen wolle. Voller Entschiedenheit aber lehnt die belgische Presse, allen voran die „Libre Belgique", die französische Bevormundung ab, indem sie darauf hinweist, daß Frankreich von dem Augenblick an, wo es eine annehmbare Lösung der Rüstungsfrage — gemeint ist der deutsche 300 000-Mann-Vorschlag — und damit gleichzeitig eine aufrichtige deutsch-französische Verständigung unmöglich machte, ferner seit es durch die Erneuerung des französisch-russischen Bündnisses unseligen Angedenkens den Eindruck einer Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland erweckt, nicht mehr als Förderer des Friedens angesehen werden könne. Im übrigen weist man belgischerseits darauf hin, daß Belgien durch den Grundsatz, seine Landesgrenzen gegen jeden Angreifer zu verteidigen, der den belgischen Boden zum Ausgangsfeld für einen Angriff auf einen benachbarten Staat machen wolle, wesentlich zu einer kollektiven Sicherheit, nicht zuletzt zur Sicherheit Frankreichs, beigetragen habe. Aber in diesem Falle scheint Frankreich an der von ihm sonst so vielgerühmten kollektiven Sicherheit nichts zu liegen. Immer wieder